

Anforderungen erarbeitet

[18.06.2019] Auf einem Workshop des IT-Planungsrats im Mai wurden erste grundlegende Anforderungen von Unternehmen an ein Unternehmenskonto erarbeitet. Weitere Veranstaltungen sollen folgen.

In Bremen tagte am 16. und 17. Mai 2019 das Koordinierungsprojekt Unternehmenskonto/-en des IT-Planungsrats. Laut einer Meldung des IT-Planungsrats diskutierten Vertreter von Unternehmen und Verbänden mit Beteiligten aus Bund und Ländern darüber, welche Anforderungen und Wünsche die Unternehmen an die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und die Konzeption des Portalverbunds sowie der Nutzerkonten haben.

Bei der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen für Unternehmen sei darauf zu achten, dass diese unterschiedliche Anforderungen haben – und zwar abhängig von der Unternehmensgröße und von den jeweils eingesetzten IT-Systemen. Während insbesondere kleinere und wenig digitalisierte Unternehmen Services der Verwaltung eher über eine Web-Anwendung nutzen möchten, erwarten digitalisierte Unternehmen Maschine-zu-Maschine-Schnittstellen, über die sie Verwaltungskontakte direkt aus der Unternehmens-IT heraus abwickeln können. Im Hinblick auf die geplanten Nutzerkonten besteht die Erwartung, dass Unternehmen mit nur einem Konto alle Dienstleistungen der Verwaltung aller föderalen Ebenen nutzen wollen, heißt es in der Meldung des IT-Planungsrats.

Anforderungen an ein Unternehmenskonto

Auf Basis der Methodik der OZG-Digitalisierungslabore wurden am zweiten Tag des Workshops interdisziplinär und nutzerzentriert erste grundlegende Anforderungen von Unternehmen an ein Unternehmenskonto erarbeitet. Diskutiert wurde laut IT-Planungsrat über ein Rechte- und Rollenkonzept, mit dessen Hilfe ein Unternehmen nach einer Erstregistrierung die Zugriffsrechte von Mitarbeitern verwaltet sowie Rechte an externe Dritte überträgt. Darüber hinaus sollen Mitarbeiter ihr privates Nutzerkonto (Bürgerkonto) mit ihrem Mitarbeiterzugang zum Unternehmenskonto verknüpfen können. Auch Themen wie Rückkanal (Postfach), Statusmeldungen und elektronische Bezahlungsmöglichkeiten wurden im Workshop behandelt. Als wichtig wurde außerdem die Möglichkeit des mobilen Zugriffs auf das Unternehmenskonto eingestuft.

Da im Rahmen des Workshops nur einige Elemente von Digitalisierungslaboren eingesetzt werden konnten, wurde nach Angaben des IT-Planungsrats der Vorschlag unterbreitet, weitere Digitalisierungslabore für das Unternehmenskonto durchzuführen, um ein tragfähiges Gesamtkonzept zu erarbeiten.

Weitere Veranstaltungen folgen

Die Freie Hansestadt Bremen als Federführer des Koordinierungsprojekts wird nicht nur weitere Veranstaltungen zu diesem Thema durchführen, sondern im IT-Planungsrat auch darauf hinwirken, dem Wunsch der Wirtschaft nach einem bundesweit einheitlichen Zugang zu Verwaltungsleistungen zu entsprechen. In vielen Ländern sind Nutzerkonten für Bürger heute schon im Einsatz, heißt es in der Meldung des IT-Planungsrats. Die Interoperabilität dieser bestehenden Konten sei erklärtes Ziel und konzeptionell auch schon umgesetzt. Die praktische Umsetzung im Verbund aller Länder werde jetzt zügig vorangetrieben. Nun müsse es darum gehen, auch für Unternehmen und andere juristische Personen ein

interoperables Nutzerkonto zur Verfügung zu stellen, mit dem alle Verwaltungsleistungen genutzt werden können.

(ba)

Stichwörter: Politik, IT-Planungsrat, Unternehmenskonto, OZG, Portalverbund, Bremen